

Ralf-Uwe Beck

SOUVERÄN

Plädoyer für mehr direkte
Demokratie

*Ein Essay
aus ostdeutscher
Perspektive*

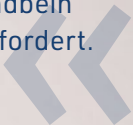




Wir wählen Vertreterinnen und Vertreter in Gemeinderäte, Landtage und den Bundestag. Sie sind von uns abgeordnet, unsere Interessen zu vertreten. Wir müssen nicht alles selbst entscheiden. Das nennen wir: repräsentative Demokratie. Sie ist das Standbein der Demokratie.

Wir können aber auch über manche Dinge direkt abstimmen. Dafür muss jemand einen Vorschlag ausarbeiten und eine festgelegte Zahl an Unterschriften sammeln. Kommen die Unterschriften zusammen, werden alle zu einer Abstimmung eingeladen – wie zu einer Wahl. Das nennen wir: direkte Demokratie. Sie ist das Spielbein der Demokratie.

Auf Bundesebene fehlt sie. Das Standbein wird von keinem Spielbein herausgefordert.



Inhalt

Auftakt	9
---------	---

Teil I

Das Angebot: Direkte Demokratie in Ländern und Kommunen	13
--	----

Vom Untergang Bayerns	15
-----------------------	----

Wahlen – und dazwischen?	20
--------------------------	----

Direkte Demokratie mit Haken und Ösen	27
---------------------------------------	----

In vier Monaten 387.469 Unterschriften	36
--	----

Teil II

Die Baustelle: Direkte Demokratie auf Bundesebene	53
--	----

Verkrustungen im Repräsentativsystem	55
--------------------------------------	----

Der allein gelassene Bundestag	63
--------------------------------	----

Wahlen <i>und</i> Abstimmungen	74
--------------------------------	----

Teil III

Das Versprechen: Wiedervereinigung und direkte Demokratie	81
--	----

Auf dem Weg zur Deutschen Einheit	83
-----------------------------------	----

Am Runden Tisch: Doppelte Dosis Grundrechte	92
---	----

A + B ergab nur wieder A	97
Gemeinsame Verfassungsarbeit	102
Mein Deutschland 1990 und 2015	109

Teil IV

Parteien, Parolen und Paradoxien 115

Im Bundestag: Zwanzig Debatten und zwei Dellen	117
Von Kunst und Macht: Die Grünen	126
Alte Forderungen und neue Furcht: Die SPD	140
Erste Delle in der Debatte: Brexit	148
Zweite Delle in der Debatte: AfD	152
CDU, FDP, Die Linke und die CSU	158
Noch eine Delle: Bürgerräte	169

Teil V

Nich zu haltende Vorbehalte 177

Schädlich für den Parlamentarismus	181
Primitive Ja/Nein-Entscheide	185
Bundespolitik – zu komplex für die Bürger	190
Anfällig für Stimmungsmache	194
Der Staat als Selbstbedienungsladen	197
Niemand mehr verantwortlich	200
Antidemokratische Affekte	202

Teil VI

Wie weiter?	205
»Die letzte Patrone«	207
Das Glimmen in den Programmen	210
Die Parteien bewegen	215
Bürgerräte und direkte Demokratie	219
Mit dem Volkseinwand Vertrauen zurückholen	222
Freiheit	227
 Dank	 231
Anmerkungen	233

Auftakt

Ich war 28 Jahre alt, als ich zum ersten Mal eine freie und geheime Wahl erleben durfte, im März 1990. Das Gefühl, ein Wahllokal zu betreten und zu spüren, wie alle, die das mit mir tun, zu Gleichen werden, ist mir unvergesslich. Es ist das, was wir im Herbst 1989 auf den Straßen und Plätzen empfunden haben: Es kommt auf jede und jeden an. Das habe ich im Wahlakt wiedergefunden. Jede Stimme wiegt gleich viel – unabhängig von Ansehen und Aussehen, von Einkommen und Herkommen. Hier scheint für einen Moment die Vision einer gerechten Gesellschaft auf, in der alle Menschen dieselben Chancen haben, diese Gesellschaft zu gestalten.

Bis die Wahllokale schließen. Eben noch habe ich mich als Souverän erlebt, einen Tag danach falle ich zurück in die Zuschauerrolle. Die Parteien verabreden sich zu Sondierungen, später zu Koalitionsverhandlungen. Sie schreiben sich das Drehbuch für die Wahlperiode. Immer öfter schlägt mein Interesse an den Ergebnissen der Verhandlungsrunden um in Ernüchterung – und Langeweile. Mehr als sie sich da vornehmen, gehen sie selten an, weniger immer. Es gibt eine ganze Palette an Möglichkeiten, mich in die Kommunal- oder Landespolitik einzumischen, aber auf Bundesebene kann ich lediglich Abgeordnete anschreiben oder eine Petition einreichen. Ansonsten bleibt mir nur, auf die nächste Bundestagswahl zu warten. Bis dahin habe ich die Politik der regierenden Mehrheit und die vom Bundestag verabschiedeten Gesetze hinzunehmen: Friss oder stirb. Der Souverän scheint im Wartezimmer abgestellt.

Dabei gibt es eine verbindliche Möglichkeit, sich einzubringen, notfalls sogar, sich durchzusetzen: die direkte Demokratie. Die Wahlen sind das Standbein unserer Demokratie, die direkte Demokratie ist das Spielbein. Noch einmal genauer:

Wir wählen Vertreterinnen und Vertreter in Gemeinderäte, Landtage und den Bundestag. Es sind Abgeordnete. Sie sind von uns abgeordnet, unsere Interessen zu vertreten, uns zu repräsentieren. Wir müssen nicht alles selbst entscheiden. Das nennen wir: repräsentative Demokratie. Sie ist das Standbein der Demokratie.

Wir können aber auch über manche Dinge direkt abstimmen. Dafür muss jemand die Initiative ergreifen, einen Vorschlag ausarbeiten und eine festgelegte Zahl an Unterstützerinnen und Unterstützern finden, die den Vorschlag unterschreiben. In einer Kommune heißt das Bürgerbegehren, auf Landesebene Volksbegehren. Kommt die nötige Zahl an Unterschriften zusammen, werden alle Bürgerinnen und Bürger zu der Abstimmung eingeladen – wie zu einer Wahl. Das Ergebnis gilt genauso, als hätte der Gemeinderat einen Beschluss gefasst oder der Landtag ein Gesetz verabschiedet. Das nennen wir: direkte Demokratie. Sie ist das Spielbein der Demokratie.

Nur mit ihr können wir durchsetzen, selbst über Sachfragen zu entscheiden – ob dies nun im Koalitionsvertrag steht oder nicht. In Gemeinden und den Bundesländern ist die direkte Demokratie deutschlandweit angekommen. Nicht auf Bundesebene. Das ist das Thema, zu dem ich in diesem Buch immer wieder zurückkehre: der bundesweite Volksentscheid. Eine Baustelle. Auf der arbeite ich seit 25 Jahren. Ich habe erlebt, wie in Parteien und wie sie untereinander um das Grundgesetz als Fundament gerungen haben und sich nicht einig werden konnten, endlich ein Gebäude zu errichten. Da stehen noch die Kräne und manchmal wird einer bewegt. Aber das war's dann auch schon.

Dabei sollte der bundesweite Volksentscheid mit der Wiedervereinigung und einer gemeinsamen deutsch-deutschen Verfassung eingeführt werden. So war es versprochen, so wurde es gebrochen. Einzig die DDR-Bürgerrechtsbewegung hatte dafür gekämpft, den von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes vorgezeichneten Weg zu gehen. Diese Baustelle betrachte ich deshalb auch aus einer ostdeutschen und einer persönlichen Perspektive. Hier bringe ich eigenes Erleben, Enttäuschungen und Erfolge ein.

Das Mitbestimmungsrecht auch auf Bundesebene wäre ein starkes Argument gegen die (gefühlte) Wahrnehmung, dass »die da oben machen, was sie wollen«. Wie oft und immer öfter höre ich diesen Satz. Er passt zu einer Monarchie, auch zu einer Diktatur. Aber für die Demokratie ist er beschämend, da sie doch genau das vermeiden soll. Die direkte Demokratie erlebe ich in den Kommunen und Bundesländern als Frustschutzmittel. Sie kann denen den Wind aus den Segeln nehmen, die Frusterfahrungen für ihre autoritär-populistischen Ziele instrumentalisieren. Dies verfängt am stärksten im Osten, wo die existenziellen Einschnitte der 90er-Jahre bis heute nachwirken. »Ja, aber gerade die AfD propagiert ‚Volksabstimmungen wie in der Schweiz‘«, kommt es mir bei vielen Veranstaltungen entgegen. Was die AfD propagiert, ist aber eben nicht die direkte Demokratie, wie wir sie in den Ländern kennen und für die Bundesebene wollen. Darüber aufzuklären, sodass widersprochen werden kann, verstehe ich als Aufgabe.

Die Staatsgewalt verwirklicht sich nach Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz in »Wahlen und Abstimmungen«. Aber warum ist das Versprechen, den bundesweiten Volksentscheid einzuführen, seit mehr als 75 Jahren und auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer nicht eingelöst? Alle Parteien – bis auf die CDU – haben sich, mehr oder weniger, aber immerhin für einen Ausbau der direkten Demokratie eingesetzt. Ich habe lebendige Debatten erlebt. Über lange Jahre

schien es so, als würde sich die Einführung des bundesweiten Volksentscheids fast zwangsläufig wie eine Entwicklung vom Niederen zum Höheren aus der zunehmenden Praxis in den Kommunen und Ländern ergeben. Aber in den vergangenen zehn Jahren sind etliche Parteien zu ihren eigenen Positionen auf Abstand gegangen. Und damit auch zu den Bürgerinnen und Bürgern. Da wird die Bürgerrechtsbewegung der DDR sogar von denen verraten, die sie im Namen tragen. Der Brexit und die Besetzung des Themas durch die AfD haben sich wie Schutt auf die Debatte gelegt. Es ist Zeit, diesen ebenso wegzuschaukeln wie die Vorbehalte, die schon Jahrzehnte im Weg liegen.

Autoritär-populistische Kräfte besetzen in den Parlamenten zunehmend mehr Sitze. Regierungsbildungen sind erschwert und in manchen Ländern Minderheitsregierungen unausweichlich. Die 2025 gewählte Bundesregierung stilisiert sich als »letzte Patrone« der Demokratie. Und ich? Ich soll am Spielfeldrand ausharren und zuschauen, wie das Vertrauen in die Demokratie bis unter die Grasnarbe rutscht? Jetzt ist die Zeit, nicht nur nach Koalitionen zwischen den Parteien zu suchen, sondern auch nach solchen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Drei Viertel der Bevölkerung verlangen danach, auch auf Bundesebene über Sachfragen mitentscheiden zu können. Mit »Friss oder stirb!« geben sie sich nicht zufrieden. Mit der direkten Demokratie kann ich meiner Ohnmacht entkommen, politischer Bevormundung widersprechen und mit politischer Unterforderung brechen. Ich kann es wenigstens versuchen.

Nein, das ist kein Angriff auf den Parlamentarismus. Im Gegenteil, die direkte Demokratie sorgt dafür, dass die parlamentarische hält, was uns mit ihr versprochen ist. Sie greift sie nicht an, sondern verstärkt das Ringen um die beste Lösung. Das ist mir des Pudels Kern in dem angstbesetzten Verhältnis von direkter und parlamentarischer Demokratie.

Also, an die Arbeit!

Teil I

Das Angebot: Direkte Demokratie in Ländern und Kommunen

Vom Untergang Bayerns

Sie haben gewonnen. Im Radio höre ich, wie sie jubeln, offenbar überwiegend junge Leute. Es ist Sonntag, 1. Oktober 1995. In Bayern war eine Volksabstimmung.

Ich hatte keine Ahnung, um welches Thema es da ging. Im Radio muss die Rede davon gewesen sein, dass sich eine Initiative mit dieser Abstimmung gegen die CSU-Regierung durchgesetzt hatte. Dafür hatte sie Unterschriften gesammelt, nicht einfach so und nicht drauflos, sondern eine genau definierte Zahl. Entweder-oder, Gedeih oder Verderb, die Hürde reißen oder an ihr scheitern, gewinnen oder verlieren. Das hatte ich sofort verstanden: Es gab diese Chance zu gewinnen. Es gab überhaupt eine. Es war möglich, sich mit einer Regierung anzulegen und sich gegen sie durchzusetzen.

Dieser Radiobericht rieb sich an all meinen verlorenen Kämpfen der vergangenen Jahre. Ich kam aus der freien und kirchlichen Umweltbewegung der DDR und hatte mich dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, kurz BUND, angeschlossen, war Landesvorsitzender in Thüringen und später auch stellvertretender Bundesvorsitzender. In den Verein eingetreten war ich schon im Sommer 1989, als erstes Mitglied aus der DDR. Der Osten war von der bundesdeutschen Öffentlichkeit als Notstandsgebiet der Superlative entdeckt worden. Dann wurde saniert. Allerdings mit wenig Sinn für Region und Menschen und mit einem Verstand, der sich darauf beschränkte, die Konzepte aus der Zeit der Wirtschaftswunderjahre des Westens neu aufzulegen. Es war bei der extremen Umweltbelastung nicht schwer, für baldige Besserungen zu sorgen. Aber zugleich schlug das Pendel der Umweltbelastung in die andere Richtung aus. Die Flüsse wur-

den sauberer und gleichzeitig entstanden überdimensionierte Kläranlagen, teuer für die Bürgerinnen und Bürger. Die Luft verlor ihren Schwefelgestank und wurde belastet durch Stickoxide aus dem zunehmenden Straßenverkehr. Altlasten wurden zwar erfasst und Flächen saniert, um Alt-Industriebrachen allerdings wurde oft ein Bogen gemacht, anstatt diese als Alternativen zu den ausufernden Gewerbeansiedlungen und Einkaufszentren vor den Toren der Städte zu nutzen. Der Westen hatte all dies über Jahrzehnte in den 60er- und 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts erlebt, im Osten lief das wie im Zeitraffer ab. In großer Eile ging es darum, den Markt zu erobern und dabei mit Hilfe der Treuhand abzuwickeln, was im Weg stand. Für die Umweltbewegung war die einschmeichelnde Rede Helmut Kohls von den blühenden Landschaften mehr Drohung als Versprechen. Unter der Fanfare vom Aufschwung Ost wurde nicht nur die Infrastruktur ausgebaut. Es wurden Landschaften geschliffen, Supermärkte an die Stadtränder gebaut, während die Innenstädte verödeten. Es schien, als würden Großprojekte mit einem dicken Filzstift auf der unbeschriebenen Landkarte der neuen Länder eingetragen, um diese groben Planungen danach beschleunigt umzusetzen – mit fahrlässig fadenscheiniger Bürgerbeteiligung ohne echte Abwägungen. Unweigerlich musste das kollidieren mit der Forderung aus dem Herbst 1989 nach Selbst- und Mitbestimmung. Wir waren dem real existierenden Sozialismus entkommen und lernten nun die real existierende Demokratie kennen. Dabei stolperten wir von einer depressiven Episode in die nächste.

Eines der umstrittensten Projekte war die Autobahn durch den Thüringer Wald, ein Verkehrsprojekt Deutsche Einheit: Tunnel und Brücken, massive Einschnitte in die Landschaft – und teuer. Umweltverbände wurden – wie vorgeschrieben – beteiligt und angehört. Wir schrieben Stellungnahmen und zu den Stellungnahmen Presseerklärungen. Tagelang liefen wir mit Karten aus den Planungsunterlagen in der Hand Wiesen

und Täler ab, die bald versiegelt und überbaut werden sollten. Später ließen wir auf eigene Kosten sogar eine alternative Planung für einen Autobahnabschnitt zwischen Thüringen und Bayern ausarbeiten. Es gab eine Pressekonferenz, bei der das Planungsbüro vorrechnete, dass und wie Landschaftsverbrauch und Kosten halbiert werden könnten. Keine Stunde nach der Pressekonferenz ließ das Thüringer Wirtschaftsministerium verlauten, dies sei nicht ernst zu nehmen und käme selbstverständlich nicht in Frage. Selbstverständlich. Der Ort der Pressekonferenz war 70 Kilometer vom Wirtschaftsministerium entfernt, Übertragungen gab es keine. Das Ministerium hatte nicht eine Zeile der Ausarbeitung auch nur zur Kenntnis genommen. Warum auch? Jahrzehnte später hat eine Untersuchung offenbart, dass die Prognosen, wie viel Verkehr hier zu erwarten sei, völlig überzogen waren und dass die von der realisierten Autobahn erhofften Impulse für die Wirtschaftsentwicklung nicht eingetreten sind, jedenfalls nicht so, wie vorgegaukelt.¹ Diese Autobahn war nur eines von vielen Großprojekten, die wir bekämpften. Das Ergebnis war immer dasselbe. Wir waren frustriert, organisierten Aktionen und zerbrüllten vor laufenden Kameras Grußworte von Ministern, die währenddessen rote Bänder zerschnitten. Es gab Zeiten, da hatte ich nur noch einen Bettbezug, alle übrigen waren längst aufgetrennt, mit einem Slogan beschrieben und hingen irgendwo an einem Gartenzaun. Die weiße DDR-Standard-Bettwäsche war hervorragend geeignet, ihren letzten Dienst für Natur und Umwelt anzutreten. Wir konnten uns sehr wohl Gehör verschaffen. Nur wollte die Politik nichts von uns hören. Wir hatten den Eindruck, fatale Entwicklungen mit unserem Engagement nur verzögern, aber nicht aufhalten, noch weniger umkehren zu können. Schließlich kaufte ich einen Ballen Stoff, nähte ein Banner zusammen, das am Ende 30 Meter lang und zwei Meter hoch war. Wir brauchten zehn Menschen, um es ausgerollt zu tragen. Damit wollten wir, wenn alle Kämpfe

ausgefochten waren und die Bagger anrückten, das letzte Wort haben. Auf das Banner schrieben wir: Die Erde weint.

Und in Bayern hatten also ein paar junge Leute Unterschriften gesammelt, auf diese Weise eine Abstimmung erzwungen – und sich durchgesetzt. Auf mich wirkte das wie ein Wettkampf. Die Strecke war festgelegt, auch, wie viele Runden zu laufen waren – es gab Regeln. Und die konnten nicht einfach nach Belieben geändert werden, sondern waren verlässlich, in der Verfassung festgeschrieben. Ich hatte freilich eher einen Hürdenlauf im Stadion vor Augen, weniger einen Marathon, der sich auf Asphalt dahinschleppt und wirklich alle Kraft braucht, um ins Ziel zu kommen. Es war die Verlässlichkeit an diesem Wettkampf, die mich faszinierte: Man musste sich nicht mehr an einer Regierung wundreiben, sondern konnte gegen die definierten Hürden antreten. Es lag dann also an einem selbst, ob und wie man das Ziel erreicht. Der Funke von der Feier am Abend der Abstimmung in Bayern hatte mich entzündet.

Das also nennt sich direkte Demokratie: Die Bürgerinnen und Bürger treffen Entscheidungen selbst. Und die sind genauso gültig, als wären sie von einem Parlament oder einem Gemeinderat getroffen worden.

Später erfuhr ich, worum es bei der Abstimmung in Bayern ging: Die »Bürgeraktion Mehr Demokratie« hatte die direkte Demokratie auf Landesebene genutzt, um die direkte Demokratie auch für die kommunale Ebene einzuführen. Sie hatte einen Gesetzentwurf geschrieben, dazu ein Volksbegehren gestartet, die nötigen Unterschriften gesammelt und den Volksentscheid gewonnen. Jetzt konnten Bürgerinnen und Bürger in ihrem Dorf, ihrer Stadt, ihrem Landkreis Bürgerbegehren starten und Bürgerentscheide erzwingen. Das Land freilich würde damit nun untergehen. Das jedenfalls hatte die CSU prophezeit. Sie sah »schwerwiegende Folgen« voraus, handlungsunfähige Kommunen und eine »Gefahr für politische Stabilität«.² Zehn

Jahre später gestand der Bayerische Innenminister Günther Beckstein bei einer Jubiläumsfeier anlässlich von zehn Jahren Bürgerbegehren in Bayern, dieses Jahrzehnt habe »jedenfalls nicht bedeutet, dass es irgendwo zu Stillstand und besonderen Schwierigkeiten gekommen ist«.³ Binnen der ersten zehn Jahre nach der Volksabstimmung hatten bayerische Kommunen immerhin 1300 Bürgerbegehren und 800 Bürgerentscheide erlebt. Bis heute ist Bayern unter den Bundesländern das Land mit der lebendigsten direktdemokratischen Praxis. Die Lektion in Sachen direkter Demokratie hat die CSU zwischenzeitlich gelernt. Sie sei »vielleicht einer der Gründe, warum sich die Bürger in Bayern wohler fühlen als in anderen Ländern«, meint Beckstein 30 Jahre nach dem Volksentscheid in Bayern von 1995.⁴

Für mich deutete sich an dem Abend ein neues Kapitel meiner demokratischen Alphabetisierung an. Ich nahm zum ersten Mal die Verfassung meines Bundeslandes zur Hand.

Wahlen – und dazwischen?

»Wenn aber die Volksmenge herrscht [...] tut sie nichts von dem, was ein Alleinherrscher macht: Sie besetzt die Ämter durch Verlosung, über die Amtsführung fordert sie Rechenschaft, alle Beschlüsse werden der Allgemeinheit vorgelegt. Mein Votum also lautet, dass wir die Alleinherrschaft aufgeben und die Volksmenge an die Macht bringen, denn bei den vielen liegt alles.« Das ist eines der ältesten literarischen Zeugnisse einer Verfassungsdiskussion. Aufgeschrieben von Herodot im 3. Buch seiner Historien. Es geht um Persien, dort war es zu einem Staatsstreich gekommen. In den Tagen danach nutzen die Drahtzieher das Machtvakuum, um zu diskutieren, wie es weitergehen, wie man sich verfassung soll. Otanes, einer von ihnen, macht dann diesen Vorschlag, kann sich aber nicht durchsetzen. Auch Megabyzos, der die Macht an ein paar wenige geben und eine Oligarchie begründen will, unterliegt. Dareios überzeugt schließlich mit seinem Plädoyer für die Monarchie und steigt dann auch gleich als König auf den persischen Thron.⁵ 2400 Jahre nachdem Herodot dies aufgeschrieben hatte, wird der Vorschlag des Otanes zu einer Verabredung der Weltfamilie: »Jeder Mensch hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken«, lautet Artikel 21 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, verabschiedet von den Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948. Formuliert ist die Charta »als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende, gemeinsame Ideal«. Eine Orientierung. Ausgedrückt ist in diesem 21. der 30 Artikel das Versprechen der Demokratie: Jeder Mensch soll politische Entscheidungen, die sie oder ihn betreffen, beeinflussen



Ralf-Uwe Beck ist Theologe, Bürgerrechtler und Autor. Er kommt aus der subversiven DDR-Umweltbewegung und war nach der Wiedervereinigung zehn Jahre lang stellvertretender Bundesvorsitzender des BUND. Seit 25 Jahren engagiert er sich in der Demokratiebewegung; er ist Vorstandssprecher von Mehr Demokratie e. V.

Beck hat selbst Volksbegehren zu Reformen der direkten Demokratie initiiert und zum Erfolg geführt. Als Experte hat er an zahlreichen Gesetzgebungsverfahren mitgewirkt, macht Reformvorschläge für ein modernes Wahlrecht, den Ausbau von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie. 2015 wurde ihm für sein politisches Engagement das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Bisher im oekom verlag vom Autor erschienen:
Ralf-Uwe Beck, Klaus Töpfer und Angelika Zahrnt (Hrsg.): Flucht. Ursachen bekämpfen, Flüchtlinge schützen, ISBN 978-3-96238-400-5.

Was heißt es, wirklich souverän zu sein?
Der Bürgerrechtler Ralf-Uwe Beck geht dieser Frage
in einem leidenschaftlichen Essay nach, verbindet
persönliche Erfahrungen mit politischer Analyse.

Ausgehend von der friedlichen Revolution 1989 und der
enttäuschten Hoffnung auf verbindliche Mitbestimmung
zeigt Beck, wie Demokratie von Parteien auf
den Wahlakt reduziert wird – und warum das
zu Frust und Entfremdung führt.

Mit großer Sachkenntnis und erzählerischer Kraft
schildert er das Potenzial der direkten Demokratie in
Kommunen und Ländern und markiert ihr Fehlen auf
Bundesebene als zentrale Demokratie-Baustelle.

Beck analysiert parteipolitische Blockaden,
räumt mit Vorbehalten auf und Ausreden beiseite.
Er plädiert für Volksentscheide als notwendige
Ergänzung zum Parlamentarismus und
als Frustschutzmittel gegen autoritäre Populisten.

Ein engagiertes Buch – und eine Einladung,
politische Verantwortung nicht abzugeben,
sondern wahrzunehmen.

